

Bern

Wieso rumorts am Inselspital?

Management und Medizin Unispitäler seien Erwartungen von allen Seiten ausgesetzt, «das erzeugt Spannung», sagt Christof Schmitz. Er berät Organisationen im Gesundheitswesen.

Brigitte Walser

Nicht nur Corona beschäftigt das Berner Inselspital. Schon seit längerem ist in Teilen der Ärzteschaft ein Unmut über die Spitalleitung zu spüren, die derzeit viele Veränderungen vorantreibt. Sie lasse es dabei an Wertschätzung missen, heisst es aus Ärztekreisen. Unruhige Zeiten hat aber auch das Zürcher Unispital hinter sich.

Woher kommt diese Unruhe, Herr Schmitz?

Alle Unispitäler sind in einer Veränderung begriffen. Das System zwingt sie, ökonomische Grundsätze zu beachten und gleichzeitig mit der steigenden Komplexität der Medizin umzugehen. Deshalb passen sie nun das Steuerungsregime an oder gestalten es neu. Das ist grundsätzlich nicht zu kritisieren – allerdings sind Unispitäler sehr sensible Netzwerke.

Wo liegt die Schwierigkeit?

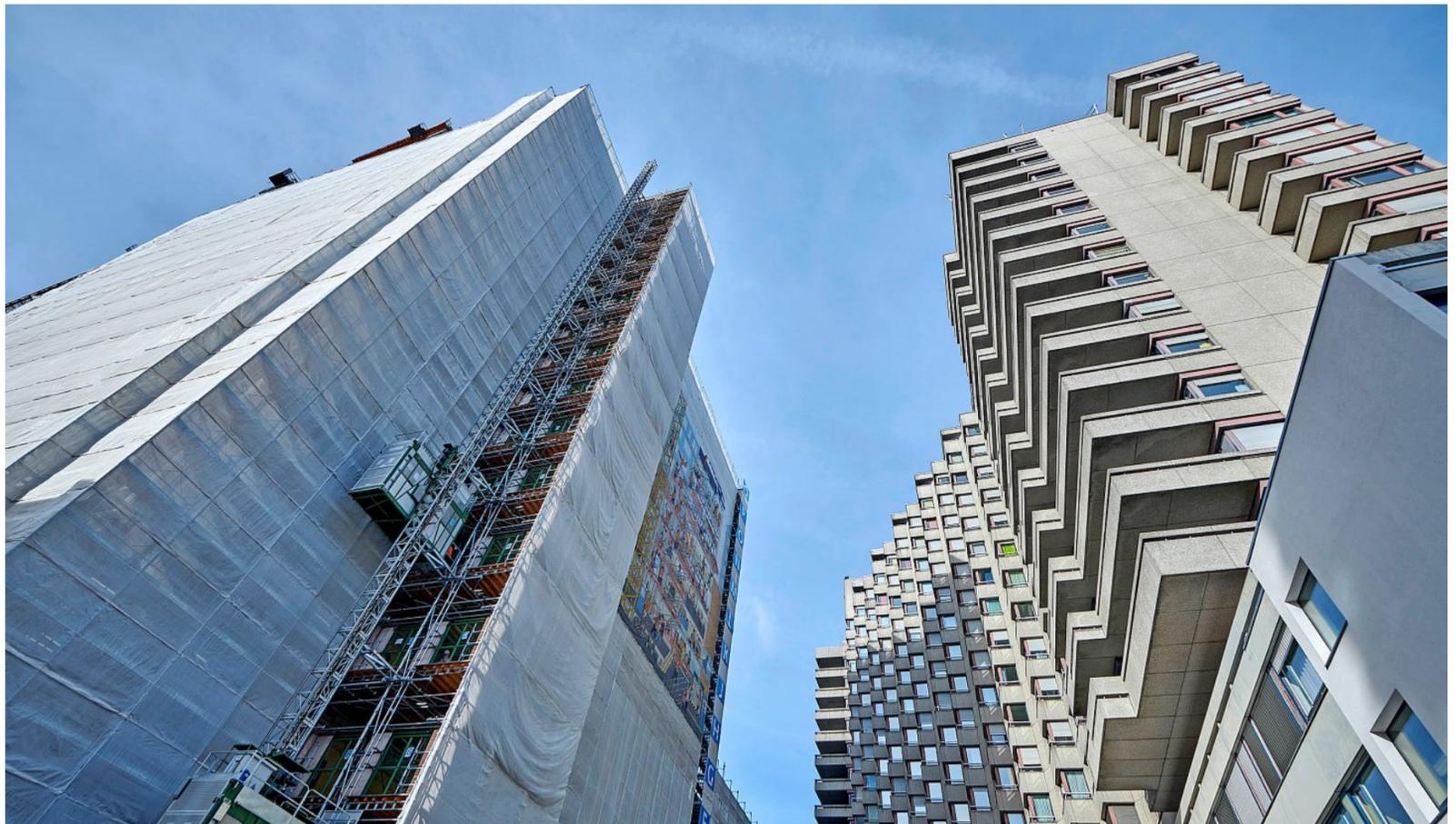
Die Spitäler müssen immer wieder neu klären, wie ökonomische Steuerung und Medizin zusammenpassen. Diese Kombination ist anspruchsvoll: Einerseits sind die Spitäler betriebswirtschaftliche Einheiten, andererseits ist klar, dass sie bei der Behandlung von Patientinnen und Patienten nicht voll wirtschaftlich handeln können. Das muss man zusammenbringen.

Weshalb treten die Konflikte gerade jetzt zutage?

Es gibt eine Akzentuierung der Erwartungen von allen Seiten: Patientinnen und Patienten, Mitarbeitende, Politik, Öffentlichkeit, Wissenschaft und so weiter verlangen heute mehr.

Geht es einzig um Geld?

Nein, keineswegs. Unispitäler müssen vielfältige Funktionen erbringen: Neben Medizin und Ökonomie spielen Lehre und Forschung eine wichtige Rolle. Was es so anspruchsvoll macht: Im Unispital überkreuzen sich Medizin, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, und da zeigt sich: Konfliktfrei geht das nicht, und einfache Lösungen gibt es schon gar nicht. Wir sehen in der Gesellschaft aktuell mit Corona, wie schwierig es nur schon ist, Wissenschaft und Politik zu vereinen.



Die Insel entwickelt sich. In welche Richtung es gehen soll, darüber scheiden sich die Geister. Foto: Adrian Moser

Die Insel setzt künftig auf Fixlöhne. Ist das der richtige Weg?

In vielen vorzüglichen Spitälern sind Fixlöhne gang und gäbe. Das berühmteste Beispiel ist die amerikanische Mayo-Klinik. Diese hat schon vor längerer Zeit entschieden, Geld zu entkoppeln von der Zeit, die für die Patienten aufgewendet wird.

Im Inselspital gibt es aber Widerstand.

Ohne Details zu kennen: Es kommt natürlich darauf an, wie man das Lohnsystem ausgestaltet. Die Mayo-Klinik zahlt absolut marktgerechte Löhne, und die sind in jeder Disziplin anders. Wer einen guten Kardiologen oder eine gute Gynäkologin anstellen will, muss wissen, was die üblicherweise verdienen, und Ähnliches bieten.

Die Insel hat die rund 40 Kliniken zu elf Bereichen zusammengefasst. Wieso sorgt das für Spannungen?

Zur Person



Foto: zvg

Christof Schmitz berät Organisationen des Gesundheitswesens und ist in Weiterbildungen der Universität Bern engagiert. Er ist Geschäftsleiter von College M, das Unternehmen in Bern befasst sich mit Management und Medizin.

Viele Spitäler ringen damit, ihre vielen Einheiten zu koordinieren, und suchen dabei nach strukturellen Lösungen. Dass man Kliniken näher zusammenbringt, die viel miteinander zu tun haben, ist sachlich sicher sinnvoll. Ich denke da etwa an die Kardiologie und die Herzchirurgie. Aber wie managt man dann diese Bereiche? Wie bringt man Spezialdisziplinen zueinander, und wie führt man sie? Das erzeugt Spannungsfelder.

Die Kliniken müssen Macht abgeben.

Ich glaube nicht, dass hier das Hauptproblem liegt. Rein inhaltlich ist es tatsächlich schwierig, für verschiedene medizinische Fachrichtungen strukturelle Gemeinsamkeiten zu schaffen und dafür zu sorgen, dass ein Bereich allen Anforderungen der beteiligten Kliniken gerecht wird.

Klinikdirektoren als Könige, denen man nicht reinreden darf: Das ist also ein falsches Bild?

Wer eine Klinikdirektion übernimmt, hat enorm viel gearbeitet, hat manches dem Spital untergeordnet, ist hoch engagiert und steckt ausserordentlich viel Energie in die Arbeit. Wenn einem dann Autonomie entzogen wird, ist das schmerzhaft, das hat mit Königsein noch nichts zu tun.

Muss die Spitaldirektion mehr Rücksicht auf die Experten nehmen?

Es ist halt schon so, dass der Erfolg einer Klinik von den Experten abhängt. Sie sind für sehr viel verantwortlich, und ihre Motivation ist entscheidend. Ein Spital wünscht sich für die Spitzenpositionen Menschen, die extrem engagiert und eigenständig sind. Gleichzeitig verlangt es, dass sie sich in ein Kollektiv einfügen. Diesen Spagat zu schaffen, ist eine Herausforderung. Die Lehrbücher haben keine Anleitung dafür.

Die Insel baut ein neues Hauptgebäude und erneuert die Informatik – beides sollte eigentlich die Arbeit erleichtern, trotzdem hört man Kritik.

Wiederum ohne Details zu kennen: Zu viele Umstrukturierungen und Projekte auf einmal können eine Organisation auch lähmen. Die Neuerungen binden Ressourcen, während die normale Arbeit weiterläuft, das erzeugt Stress.

Liegt die Unzufriedenheit auch darin, dass zu viele Veränderungen anstehen?

Das kann sicherlich dazu beitragen. Es kommt aber immer auch darauf an, wie man die Veränderungen umsetzt. Wer umstrukturiert, ohne dass das Personal froh um die angestossene Veränderung ist, nimmt Unzufriedenheit in Kauf. Umso bessere Gründe muss ein Unternehmen dann vorbringen können, weshalb die Veränderung nötig ist.

Spez-Sek Lerbermatt ist gestrichen

Köniz Das Parlament schafft die Spez-Sek-Klassen ab. Das letzte Wort hat wohl das Volk.

Die Spez-Sek-Frage in Köniz ist einen Schritt weitergekommen, aber nur scheinbar. Am Montagabend hat das Parlament das Bildungsreglement der Gemeinde mit 20 zu 14 Stimmen so abgeändert, dass der Gemeinderat die umstrittenen Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt – ein Überbleibsel des Untergymnasiums – schliessen kann. Er soll dies per 1. August 2024 tun.

Die Mitte-links-Parteien erhoffen sich, dass dadurch die anderen Oberstufenschulen der Gemeinde finanziell gestärkt werden und besser auf leistungs-

starke Schulkinder reagieren können.

2000 Unterschriften nötig

Doch seit das Untergymnasium vor rund 20 Jahren abgeschafft worden ist, wehren sich in Köniz Eltern und vor allem bürgerliche Parteien erfolgreich für die vier Sekundarschulklassen im gymnasialen Umfeld. Sie gelten als gutes Umfeld für leistungsstarke Schulkinder. Viele von ihnen bereiten sich dort auf das Gymnasium vor.

Die nun vollbrachte Änderung des Bildungsreglements geht auf



Die Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt sollen geschlossen werden. Foto: A. Moser

einen zwei Jahre alten Vorstoss aus dem Parlament zurück. Doch angesichts der drohenden Schliessung der Lerbermatt-Klassen haben Eltern letzten Sommer eine Initiative lanciert, mit der sie die Klassen in der Gemeindeverfassung festschreiben wollen.

Gelingt es dem überparteilichen Komitee bis Ende Juli, die nötigen 2000 Unterschriften zu sammeln, wird die Bevölkerung über die Schliessung der Lerbermatt-Klassen abstimmen.

Naomi Jones

Der ehemalige bernische Regierungsrat Samuel Bhend ist verstorben

Kanton Bern Der ehemalige bernische Regierungsrat Samuel Bhend ist verstorben. Der 1943 in Brienz geborene Bhend war von 1974 bis 1997 Mitglied des bernischen Grossen Rats. Von 1997 bis 2006 war der Sozialdemokrat Mitglied der Kantonsregierung. Als Fürsorge- und Gesundheitsdirektor stand Bhend unter anderem wegen Spitalschliessungen im Scheinwerferlicht. In seiner Amtszeit wurden 9 von 30 öffentlichen Spitälern geschlossen. Bhend erzürnte damit einen Teil der Landbevölkerung.

Bhend setzte sich für den Erhalt der Spitzenmedizin in Bern

ein, kämpfte gegen stark steigende Krankenkassenprämien und war mit der anhaltend angespannten Situation in der Sozialhilfe konfrontiert.

Bhend war ursprünglich Sekundarlehrer in Urtenen. Dort begann er seine politische Laufbahn als Gemeinderat. 1974 wurde er Grossrat und blieb über zwei Jahrzehnte im Kantonsparlament. In den 1980er-Jahren war er Vizepräsident der Parlamentarischen Untersuchungskommission, welche die Berner Finanzaffäre untersuchte. Von 1985 bis 1992 war Bhend Präsident der kantonalbernerischen SP. (sda)